Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag
Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mk. 2.—; Einzelnummer 20 Goldpfennig / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter - Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53098 Postscheck - Konto: München 3987.

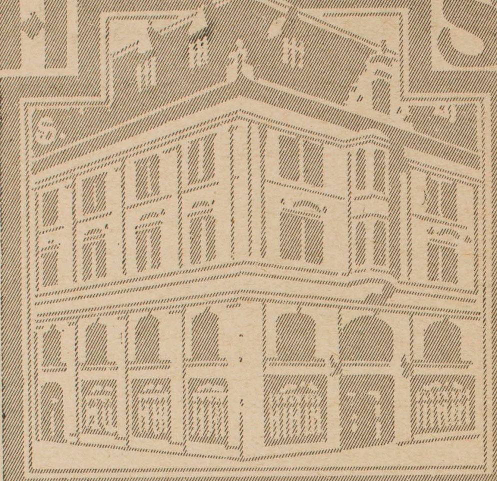
Nr. 27 **München, 3. Juli 1925** **12. Jahrgang**





Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber, Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1925	Wochenkalender	5685	
	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	5	13	
Montag	6	14	
Dienstag	7	15	
Mittwoch	8	16	
Donnerstag	9	17	שבעה עשר בתמוז
Freitag	10	18	
Samstag	11	19	פינחס פרק ז׳



Das Jüdische Echo

Nummer 27 | 3. Juli | 12 Jahrgang

Der erste Verbandstag preuß. Gemeinden

Die abgelaufene Session des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Preußens bot alles in allem ein erfreuliches Bild. Die einheitliche Organisation der preußischen Judenheit ist eine vollzogene Tatsache, und die Zusammenfassung der Juden soll nicht nur auf Preußen beschränkt bleiben, sondern auch in naher Zukunft alle Juden Deutschlands umfassen. Mit Befriedigung muß man feststellen, daß alle im preußischen Landesverband vertretenen Richtungen mit starker innerer Anteilnahme positiv mitgearbeitet haben, um der neugeschaffenen Organisation Leben und Inhalt zu geben. Wiewohl die Mehrheit des Landesverbandes, die liberale Fraktion, ängstlich bemüht ist, die Funktionen des Landesverbandes nur auf das Gebiet der konfessionellen Bedürfnisse der preußischen Judenheit zu beschränken, konnte sie sich doch nicht der Notwendigkeit entziehen, bei Beschlüssen mitzuwirken, die über den Rahmen von religiösen Interessen hinausgehen. Ein Beispiel hierfür ist die Annahme der Ausländer-Resolution durch den Verbandstag. Diese von der Jüdischen Volkspartei eingebrachte Entschließung legt Verwahrung dagegen ein, daß die Verwaltungspraxis gegenüber ausländischen Juden besonders hart ist. Einstimmig billigte der Landesverband diesen Antrag und bekundete damit, daß ihm der Schutz all derer, die wegen ihres Judentums leiden, am Herzen liegt. Auch die Beratungen über die Erziehungsfrage ließen erkennen, daß der Landesverband unter jüdischer Erziehung nicht lediglich jüdischen Religionsunterricht begreift, sondern vielmehr als ihr Ziel die Heranbildung von jüdischen Menschen erblickt. Der Klal-Standpunkt und die Verbundenheit mit dem Gesamtjudentum kam zum Ausdruck in der Auffassung des Landesverbandes bezüglich der der preußischen Judenheit obliegenden sozialen Aufgaben, wie allgemeine Hilfstätigkeit und Wandererfürsorge. Als erfreulich ist ferner festzustellen, daß die Ausführungen der Mitglieder der Volkspartei, die auf die Verpflichtung aller Juden der ganzen Welt hinweisen, an dem Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina mitzuwirken, allgemeine, wenn auch bei einigen Rednern reservierte Zustimmung fand. Zieht man das Fazit dieser Tagung, so ist sie ein erfreuliches Ereignis im Leben der deutschen Juden gewesen. Allmählich findet die deutsche Judenheit den Anschluß an die Gesamtaufgaben des jüdischen Volkes in der ganzen Welt und stellt sich in würdiger und sachlicher Weise auf den Boden der Arbeit für allgemein jüdische Interessen. M. W.

Schluß des Berichtes

Entschlüsse über die Revision des preußischen Judenrechts, Austrittsgesetzgebung und Staatsbeihilfe. — Einsetzung eines ständigen Ausschusses.

Berlin (J.T.A.). In der Vormittagssitzung am 23. Juni wurde noch eine Reihe Resolutionen angenommen, so eine Resolution: der Landesverband möge dahin tätig sein, daß ein Reichsverband aller deutschen Juden bald geschaffen werde. Einige Entschlüsse über Lehrerbildung usw. wurden teils dem Unterrichtsausschuß, teils dem Rat überwiesen.

Die letzte Sitzung war ausschließlich der Frage der Revision des preußischen Judenrechts gewidmet. Die Debatte leitete Herr Justizrat Dr. Wertheim (liberal) ein. Er bekämpfte die Vorlage und trat für die Annahme der Thesen der liberalen Fraktion ein, die liberalen Anschauungen durchaus gemäß sind. Der Redner polemisierte scharf gegen die Ausführungen Dr. Badts in der Vormittagssitzung.

Dr. Freund gab ergänzende Aufklärungen über die Notwendigkeit einer Änderung der Austrittsgesetzgebung, betreffend den Austritt von Personen aus der Gemeinde und von Gemeinden aus dem Verband. Die Möglichkeit des Austritts müsse bestehen bleiben, sofern Gewissensgründe vorhanden sind. Der Redner polemisierte gegen die Haltung des Verbandes gesetzestreuer Judengemeinden (Halberstaedter Verband), empfahl aber, in Einigungsverhandlungen mit diesem Verband einzugehen.

Herr Dr. Kollenscher sprach gegen die Thesen der Liberalen Vereinigung, insbesondere gegen den Passus, daß die durch Art. 137 gewährleisteten Rechte nicht stärker eingeschränkt werden dürfen, als dies bezüglich der christlichen Religionsgesellschaften geschehen ist. Er meinte, man darf sich überhaupt keine Einschränkungen gefallen lassen, auch wenn solche gegen christliche Religionsgesellschaften bestehen. Keineswegs darf sich der Staat irgendwie in innere Angelegenheiten der Gemeinden, wie Beamtenetat, Verleihung von Ämtern usw. einmischen. Jedes Gesetz ist unannehmbar, welches nicht die Gleichberechtigung für alle Juden, auch Ausländer, vorsieht. Kein Landesgesetz darf Schranken aufstellen, die dem § 137 des Reichsgesetzes widersprechen.

Hirschberg (konservativ) lehnte im Namen seiner Fraktion Eingriffe der Staatsverwaltung ab, ebenso trat er für die Gleichberechtigung der Ausländer ein.

Justizrat Lilienthal (liberal) bittet die Herren der Jüdischen Volkspartei, sich nicht durch ihren Antrag auf Ablehnung jeder staatlichen gesetzgeberischen Tätigkeit festzulegen und tritt für die liberalen Thesen ein, nach denen eine gesetzgeberische Beeinflussung offen steht.

Rabbiner Dr. Rosenthal-Köln (konservativ) fordert in temperamentvollen Ausführungen eine Stärkung der Position des Rabbiners in der Gemeinde, da nur dann der Rabbiner die nötige Autorität haben könne, die junge Generation in jüdischem Geiste zu erziehen. Es wird sodann über die liberalen Anträge abgestimmt.

Der Antrag zum Staatshaushalte lautet: „Der Rat wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß durch Einstellung in den Staatshaushaltsplan den jüdischen Gemeinden, Gemeindeverbänden und Einrichtungen in ähnlicher Weise wie jeweils den christlichen Gemeinden, Verbänden und Einrichtungen eine staatliche Beihilfe zur Besoldung ihrer Rabbiner, Prediger und anderen Kultusbeamten gewährt wird."

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Es wird hierauf in die Abstimmung über den folgenden liberalen Antrag eingegangen:

„Der Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden erwartet, daß der Rat anläßlich Neuregelung der Judengesetzgebung die Einhaltung folgender Grundsätze sichert:

1. Die durch Art. 137 der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte, namentlich die Selbstverwaltung, dürfen keinesfalls eingeschränkt werden. 2. Dies gilt namentlich für die Anstellung von Beamten und die Wahl von Mitgliedern der Gemeindeorgane. 3. Diejenigen, welche die Erklärung abgeben, daß ihr Austritt aus der örtlichen Gemeinde lediglich wegen religiöser Gründe erfolgt, können eine Personalgemeinde öffentlichen Rechtes bilden, oder ihr beitreten. 4. Die Überleitung in Ansehung der neupreußischen Gebiete darf nur erfolgen unter Mitwirkung jüdischer Selbstverwaltungskörper der einzelnen Gebiete und unter Wahrung erworbener Rechte der jetzigen Rabbiner, Lehrer und sonstigen Beamten.

Der Antrag wird mit einer Mehrheit der Liberalen gegen Volkspartei und Konservative zum Beschluß erhoben.

Es wird dann die Wahl des fünfzehngliedrigen Ausschusses vorgenommen. Ein Antrag Bergers, den Poale Zion einen Sitz mit Beratungsrecht einzuräumen, wird mit 41 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Die Ausschlußliste wird einstimmig angenommen.

Man geht hierauf in die Erörterung des Antrags der Fraktion der Jüdischen Volkspartei ein, der folgendermaßen lautet:

„Die im Landesverband vereinigten Synagogengemeinden sind übereinstimmend der Rechtsauffassung, daß § 71 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. 7. 1847 durch die Vorschriften des Artikels 137, Absatz 3 der Reichsverfassung aufgehoben worden ist. Der Verbandstag ersucht alle ihm angeschlossenen Gemeinden, in Zukunft dieser Rechtslage Rechnung zu tragen."

Einige liberale Redner finden diesen Antrag bedenklich. Der Präsident, Justizrat Sonnenfeld, fragt die Herren der Volkspartei, ob sie sich dem Risiko der Ablehnung aussetzen oder den Antrag lieber zurückziehen wollen. Die Volkspartei zieht den Antrag zurück.

Der Präsident, Jusitzrat Sonnenfeld, hält das Schlußwort und stellt fest, daß die Tagung eine ungeheure Arbeit geleistet hat. „Dank fordern wir nicht, wir halten uns an das Mischna-Wort: Der Lohn der Pflichterfüllung liegt in der Pflichterfüllung selbst."

A. Wiener (Jüdische Volkspartei) spricht dem Präsidenten die Anerkennung der Versammlung für seine mit großer Sachkenntnis und mustergültiger Unparteilichkeit gehandhabte Geschäftsführung aus. Justizrat Sonnenfeld nimmt den Dank für das ganze Präsidium entgegen und erklärt die Tagung für geschlossen.

* * *

Berlin (J.T.A.). Wie der J.T.A.-Vertreter erfährt, wird der Rat des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden gleich in der ersten Zeit als eine seiner vornehmsten Aufgaben die Frage der Schaffung eines deutschen Reichsverbandes prüfen und zu diesem Zwecke mit dem Bayerischen Landesverband, der Württembergischen Israelitischen Oberkirchenbehörde, der Badischen Jüdischen Landessynode, dem Sächsischen Landesverband jüdischer Gemeinden und den kleineren Verbänden Fühlung nehmen.

Die Zusammenfassung ist umso dringlicher, als voraussichtlich vom Reich Mittel für die Versorgung der Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

Ob diese Organisation in Form eines Fachverbandes beschlossen werden wird, steht noch nicht fest.

*

Der Engere Rat des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden hat beschlossen, zu jeder seiner Sitzungen je einen Vertreter des Rabbinerstandes und einen Vertreter des Lehrerstandes zuzuziehen mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Berufe und im Hinblick dadauf, daß der Landesverband sich in besonders großem Umfange mit den Fragen der geistlichen und unterrichtlichen Versorgung der preußisch-jüdischen Gemeinden befassen wird.

Die polnisch-jüdischen Verhandlungen

Günstiges Resultat.

Seit einigen Wochen wurden in Polen zwischen der derzeitigen Regierung Grabski und den Vertretern des jüdischen Sejm-Klubs Verhandlungen geführt, um die unleidlich gewordenen Beziehungen zwischen den Juden und der polnischen Regierungspolitik einer Lösung entgegenzuführen. Die polnische Regierung sah sich zu diesem Schritt in erster Linie darum veranlaßt, weil ihre bisherigen Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung im Auslande scharfe Ablehnung gefunden haben und weil die polnische Finanzverwaltung bei allen Versuchen, im Auslande Kredite zur Linderung ihrer finanziellen Nöte zu erlangen, immer wieder zu hören bekam, daß man nur wenig Vertrauen in die polnische Wirtschaft zu setzen vermöge, solange die Juden in Polen, der regsamste Teil der polnischen Handelswelt, in ihrer Existenz bedroht werden. Der polnische Außenminister, dessen Bemühungen im Auslande am stärksten unter dieser wegen der ungerechten Behandlung der Juden herrschenden Mißgunst zu leiden hatten, veranlaßte den polnischen Ministerpräsidenten, an die Juden heranzutreten und sie zu Besprechungen einzuladen. Eingedenk der seit vielen Jahren gemachten Erfahrungen brachten die jüdischen Abgeordneten dem Angebot der polnischen Regierung nur sehr geringes Vertrauen entgegen. Maßgebende jüdische Politiker hatten insbesondere an der Methode dieser Verhandlungen auszusetzen: Die Polen luden nämlich Herrn Lucien Wolf, den Generalsekretär der Anglo-Jewish-Association, als Vermittler zwischen ihr und der polnischen Judenheit ein, und überdies verlangte die Regierung unbedingte Geheimhaltung der Pertraktionen. Mit Recht wehrten sich die konsequenten Verfechter einer principiellen jüdischen Oppositionspolitik gemeinsam mit den anderen nationalen Minderheiten gegen das

System der Heimlichkeit, in dem sie nur einen neuerlichen Versuch der polnischen Regierung erblickten, die Juden hinzuhalten, sie von ihren Bundesgenossen, den anderen nationalen Minderheiten, zu trennen und ihnen schließlich nur in belanglosen Dingen entgegenzukommen.

Gegen alle Erwartungen scheinen die polnisch-jüdischen Verhandlungen in Warschau doch ein günstiges Resultat gezeitigt zu haben. Nach den bisherigen Mitteilungen ist die polnische Regierung den Wünschen der Juden in wichtigen Punkten entgegengekommen. Das schändliche Konzessionsgesetz für Monopolwaren, das erst vor zwei Wochen vom Sejm angenommen wurde und 35 000 jüdischen Familien die Existenzmöglichkeit nahm, soll erst nach fünf Jahren zur Anwendung gelangen. Alle jüdischen Schulen, einerlei ob ihre Unterrichtssprache jüdisch, polnisch oder hebräisch ist, erhalten Öffentlichkeitsrecht und demgemäß staatliche Subvention. Der bisher geübte numerus clausus soll aufgehoben werden. Die entlassenen jüdischen Staatsbeamten werden wieder in den Staatsdienst aufgenommen, und der Gebrauch der jüdischen Umgangssprache in öffentlichen Versammlungen wird gestattet.

Allerdings ist zu bemerken, daß es in Polen, wie in allen Ländern, mehr auf die Verwaltung als auf die Gesetzgebung ankommt. Es wird darum die unablässige Sorge der jüdischen Vertreter sein müssen, darauf zu achten, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und zu erlassenden Verordnungen hinsichtlich der Juden tatsächlich respektiert werden. M. W.

* * *

Warschau (J.T.A.). Die Unterhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der parlamentarischen Vertretung der Juden sind heute, den 24. Juni, zu einem günstigen Abschluß gelangt.

Über das Resultat der Verhandlungen wird bis zur Abfassung des Protokolls Stillschweigen bewahrt. Doch wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Die Regierung hat sich zu folgendem bereit erklärt: 1. Die Verordnung, wonach in den jüdischen Gemeinden die polnische Sprache als Geschäftssprache und als Verhandlungssprache bei den Tagungen der Ratsmitglieder zu gelten habe, wird aufgehoben. 2. Es wird eine Verordnung betreffend der selbständigen Funktion der jüdischen Gemeinden vorbereitet. 3. Die jüdischen Privatschulen mit polnischer, jiddischer und hebräischer Unterrichtssprache erhalten Öffentlichkeitsrecht. 4. Die jüdischen Kaufleute erhalten gleich den nichtjüdischen Staatskredite. 5. In die polnische Staatsbank werden jüdische Vertreter als Aufsichtsratsmitglieder aufgenommen. 6. Die Gültigkeit des vom Sejm angenommenen Gesetzes betreffend Revision der Handelskonzessionen für Monopolwaren wird für fünf Jahre hinausgeschoben. 7. Das Geheimzirkular des früheren Unterrichtsministers an die Universitäten und Hochschulen betreffend die Einführung des praktischen Numerus clausus wird annulliert. 8. Die entlassenen jüdischen Staatsbeamten werden wieder angestellt. 9. Der jüdische Parlamentsklub überreicht eine Liste zurückgesetzter jüdischer Gerichtsaspiranten, die der Justizminister akzeptiert. 10. Beim Unterrichtsministerium wird ein Departement für jüdisches Schulwesen geschaffen.

Es war nicht möglich, heute festzustellen, ob diese Mitteilungen richtig sind.

Der polnische Außenminister Skrzynski reist dieser Tage nach Amerika, um die polnischen Anleiheverhandlungen fortzuführen.

Warschau (J.T.A.). Der Klub der jüdischen Deputierten und Senatoren hielt am 25. Juni eine Sitzung ab, in der die Ratifizierung des Abkommens zwischen der Regierung und der jüdischen parlamentarischen Vertretung auf der Tagesordnung stand. Die Sitzung verlief sehr bewegt, indem eine Anzahl Deputierter ihre Unzufriedenheit mit dem Abkommen äußerten. An der Debatte beteiligten sich insbesondere die Zionisten Oberrabbiner Dr. Thon, Dr. Wigodsky, Dr. Reizes, der Misrachist Dr. Farbstein, der Vertreter der Zionistischen Arbeitspartei Hitachdut Heller, der Agudist Rabbiner Lewin und der Vertreter des Jüdischen kaufm. Verbandes Senator Dr. Trusker.

Es konnte in dieser Sitzung noch kein Beschluß gefaßt werden. Eine zweite Sitzung wurde anberaumt.

Warschau (J.T.A.). Der polnische Außenminister Skrzynski, der im Namen der Regierung die Einigungsverhandlungen mit den jüdischen Parlamentariern geführt hat, begibt sich Anfang Juli nach den Vereinigten Staaten, um die Durchführung der polnischen Anleihe vorzubereiten. Das Organ des „Bund", die täglich erscheinende „Volkszeitung", teilt hierzu mit, daß Skrzynski von einem jüdischen Parlamentarier begleitet werden wird. Die Anwesenheit eines jüdischen Parlamentariers in Amerika würde die dortige Öffentlichkeit — so meint das bundistische Organ — davon überzeugen, daß Polen seine antijüdische Politik geändert hat; die Verhandlungen mit den jüdischen Finanzkreisen würden dadurch glatter vor sich gehen.

Der Jüdische Nationalfonds und die Lebensversicherung

Herr Dr. E. M. Zweig, Generalsekretär des Hauptbüros des Jüdischen Nationalfonds in Jerusalem, der kürzlich in München einen Vortrag über palästinensische Bodenfragen hielt, über den wir in unserer letzten Nummer kurz berichtet haben, stellt uns die folgenden Ausführungen zur Verfügung, die wir im Interesse der Sache gern veröffentlichen.

Zwischen den Juden und der Institution der Lebensversicherung bestanden, seitdem es eine solche gibt, stets die engsten Beziehungen. Denn der Jude mit seinem ausgesprochenen Familiensinn war stets ängstlich darauf bedacht, für den Fall seines Alterns oder frühzeitigen Hinscheidens die Seinen durch Abschluß einer Lebensversicherung vor Not zu bewahren. Der Jude ist aber auch das rentabelste Objekt der Lebensversicherungsgesellschaften; denn er hat auf seine Gesundheit sorgsam Acht und deshalb stellt sich der Altersaufbau der Juden weit günstiger als jener des Durchschnittes der Gesamtbevölkerung.

Von diesen Tatsachen ausgehend, war schon in den ersten Jahren der zionistischen Bewegung die Idee aufgetaucht, eine eigene jüdische Versicherungsgesellschaft zu begründen, welche den großen Vorteil hätte, ihren Klienten bessere Bedingungen und vor allem billigere Tarife zu bieten, als es den für die Gesamtbevölkerung kalkulierenden Versicherungsgesellschaften möglich ist. Nebst diesem unmittelbaren Vorteil für die Versicherungsnehmer lockte auch die Aussicht, aus den Prämieneinnahmen große Kapitalien anzusammeln, welche — wie sonst zum Vorteil fremdnationaler Zwecke — nunmehr bei Wahrung vollster Sicherheit dem Aufbau Palästinas dienstbar gemacht werden könnten.

Alle diese stets wiederkehrenden Projekte aber blieben im Stadium der Idee oder doch des ersten Anlaufes stecken. Die Gründe hiefür sind klar. Gegen die seit Jahrzehnten bestehenden Lebensversicherungsgesellschaften, mit ihrer reichen Erfahrung, ihrem ausgebauten Apparat an Organisations- und Akquisitionsbeamten, ihrer Kapitalsmacht und vor allem dem Schatze des allmählich bei Publikum und Behörden erworbenen Vertrauens konnte eine neue Gesellschaft nicht leicht aufkommen, zumal wenn sie nicht über ein genügendes Grundkapital verfügte und wenn sie nicht — bei den riesigen Propaganda- und Verwaltungskosten — mit vielen Jahren vorläufigen Verlustes rechnen wollte.

Diese Erwägungen drängten der Zionistischen Organisation einen anderen Weg auf. Man mußte suchen, sich an schon bestehende Gesellschaften anzulehnen. Diese zeigten sich denn auch einer solchen Verbindung sehr geneigt, aber das Maß ihrer Gegenleistungen war recht bescheiden zu nennen. Im Jahre 1911 schloß die Zionistische Weltorganisation, deren Zentrale noch damals in Berlin war, mit der Baseler Lebensversicherungsgesellschaft einen Vertrag, wonach aus allen durch Juden abgeschlossenen Geschäften der Zionistischen Organisation ein bestimmter Superprovisionssatz zuzufließen hatte. Dieser Vertrag stand mehrere Jahre in Kraft. Der Weltkrieg aber und der Umstand, daß die Basler ihre Tätigkeit nur auf wenige Länder beschränkt hielt, führte dazu, daß die Ergebnisse für die Zionistische Organisation gering blieben.

Nun hat das Hauptbüro des Keren Kajemeth Lejisrael (Jüdischer Nationalfonds) in Jerusalem einvernehmlich mit dem Finanz- und Wirtschaftsrat in London die alte zionistische Idee wieder aufgenommen. Nach Verhandlungen mit verschiedenen Instituten gelang es endlich, mit der Lebensversicherungsgesellschaft „Phönix" in Wien, welche besonders seit Friedensschluß einen starken Aufschwung genommen hatte, einen Rahmenvertrag abzuschließen. Dieser Vertrag beansprucht für alle Länder Gültigkeit, in denen der Phönix schon heute arbeitet, also für Österreich, Süddeutschland, Belgien, Holland, Frankreich, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Jugoslavien, Neu-Italien, Neu-Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Türkei, Ägypten und Palästina, sowie für alle Länder wo er seine Arbeit in nächster Zeit neu aufnimmt. Der Vertrag, welcher die Zionistische Organisation und insbesonders den Jüdischen Nationalfonds zur Propagierung des Versicherungsgedankens in den zionistischen und anderen Kreisen verbindet, geht, was die zugesicherten Gegenleistungen des „Phönix" anlangt, weit über das bisher von Versicherungsgesellschaften Angebotene oder Gewährte hinaus.

Zunächst werden den Versicherungsnehmern alle Vorteile garantiert, welche irgend eine solide Konkurrenzgesellschaft jetzt oder später zu bieten geneigt ist. Dabei sind die Ansprüche der Versicherten dadurch völlig verbürgt, daß bei Liquidierungsstreitigkeiten der Schiedsspruch des Nationalfonds-Hauptbüros die Entscheidung trifft. Dem Jüdischen Nationalfonds selbst ist der Bezug seiner Superprovision in beträchtlichen Mindestsummen garantiert. Ferner sichert der Phönix für Palästina und für alle Länder, in welchen dies nach den dortigen Gesetzen möglich ist, zu, daß die Prämienreserven in palästinensischen Werten, besonders als Hypothekarkredit gegen Übernahme von Pfandbriefen, Anlage finden. Dem Nationalfonds ist dabei das Kündigungsrecht gewahrt, wenn diese Palästina-Anlagen nicht eine bestimmte, von Jahr zu Jahr steigende Höhe erreichen. Durch dieses Zugeständnis, welches gewiß beispielgebend

wirken wird, eröffnen sich für die zionistische Veranlagungspolitik weite Perspektiven. Dem Jüdischen Nationalfonds wird weiter zugesichert, daß aus den von ihm empfohlenen Organen in allen Ländern eigene Versicherungsabteilungen durch den Phönix aufgebaut werden, welche sich neben dem Abschluß von Versicherungsverträgen der zionistischen Propaganda widmen werden. Diese „Versicherungsabteilungen des Jüdischen Nationalfonds" mit ihrem Apparat von Organisations- und Akquisitionsbeamten sollen nun — und dies gibt dem Rahmenvertrag die große Linie — den Grundstock für die künftige, weltumspannende jüdische Lebensversicherungsgesellschaft bilden, welche als Gründung der Zionistischen Organisation seit jeher in Aussicht genommen war. Der „Phönix" verpflichtet sich schon heute, die Rückversicherung jener Gesellschaft zu übernehmen.

Das Nationalfonds-Hauptbüro geht nun daran, diesen Rahmenvertrag in allen Ländern ins Leben einzuführen. Schon hat er eigene Versicherungsabteilungen in der Tschechoslowakei und in Österreich eingerichtet, welche Abschlüsse von mehreren hunderttausend Pfund Versicherungssumme erzielten. Nun soll auch Deutschland nachfolgen. In Bayern, Württemberg, Baden und Hessen arbeitet der „Phönix" schon seit 36 Jahren und hat es verstanden, sich hier einen großen, stetig wachsenden Kundenstock zu sichern; kürzlich hat die Direktion des „Phönix" für das Deutsche Reich (München, Giselastraße 21) ihre Tätigkeit auf das Saargebiet ausgedehnt und bemüht sich, nun auch Norddeutschland in ihr Wirkungsbereich einzubeziehen. Die Errichtung einer Versicherungsabteilung des Jüdischen Nationalfonds, welche ihren Sitz vorläufig in München nehmen dürfte, steht unmittelbar bevor.

„Deutschtum und Judentum"

Eine öffentliche Aussprache.

Versammlung der Zionistischen Ortsgruppe München.

Die für Donnerstag, 25. Juli einberufene Versammlung mit dem Thema: „Deutschenhaß, Judenhaß und Zukunft", fand erfreulich starken Besuch. Der Museumsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt und es konnte eine ansehnliche Reihe von bekannten Persönlichkeiten und Mitarbeitern an den Angelegenheiten der Jüdischen Gemeinde unter den Anwesenden festgestellt werden.

Der Vortragende, Herr Dr. Alfred Perlmutter legte in geistvollen und schlaglichtartig die augenblicklichen Verhältnisse im deutschen Judentum beleuchtenden Ausführungen dar, wie zuerst aus dem mittelalterlichen Ghetto der Geist des deutschen Juden herausdrängte zur Beteiligung an der Kultur des ihn umgebenden Volkes, wie er mit voller Hingabe seiner Seele Anteil nahm an dem äußeren und inneren Geschehen im Leben des deutschen Volkes. Wohl büßte er die innere Einheit und Ungebrochenheit seiner jüdischen Einstellung ein, er gab sie aber unter dem Gesichtspunkte der erstrebten Gleichberechtigung auf in der Hoffnung, eine Erweiterung seines Menschentums damit zu erreichen. Obschon das selbst im günstigsten Falle der Eigenart des Juden nicht gerecht werdende Verhalten der Umwelt ihn das Ziel nicht erreichen ließ, verfolgte er mit voller Hingabe und echter Liebe zum deutschen Vaterlande die ihm vorschwebende Synthese. Dabei ging ihm allerdings sein Ausgangspunkt, die Echtheit und Selbstverständlichkeit des jüdischen Gefühls, immer mehr verloren. Ja, es kam in unseren Tagen so weit, daß diese, für einen objektiven Nichtjuden selbstverständlichen Prämisse von Juden selbst als tadelnswert bezeichnet wurden. Der Judenhaß im deutschen Volke, der mit zunehmender Stärke seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Juden nicht nur zu einer Verteidigung ihrer Stellung nach außen, sondern auch zu einer inneren Entscheidung drängt, hat im Zusammenhang mit der oben dargelegten Entwicklung im deutschen Judentum eine Richtung groß werden lassen, die glaubt durch eine besondere Betonung ihres nationaldeutschen Charakters das jüdische Wesen nicht nur in sich selbst unterdrücken, sondern auch dessen Bejahung den Artgenossen zum Vorwurf machen zu müssen. An zwei wichtigen Fragen stellte der Redner das für die jüdische Gesamtheit verderbliche Treiben des Naumann'schen Verbandes vor Augen. So widersinnig es auch erscheinen mag, so kämpft dieser Verband doch mit größter Heftigkeit, die sogar jede gebotene Rücksichtnahme auf die politische Auswirkung vermissen läßt, sowohl gegen die Bestrebungen innerhalb des deutschen Judentums, die verfolgten, durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse zu einer Einwanderung nach Deutschland gezwungenen Ostjuden vor ungerechten, in ihrer Verallgemeinerung aus menschlichen wie aus jüdischen Gründen verurteilenswerten, Leben und Gut bedrohenden Angriffen zu schützen, wie andererseits gegen das ebenfalls weite Kreise des deutschen Judentums erfassende Bestreben, durch das Palästinaaufbauwerk die bedrohten Juden in sichere Verhältnisse zu überführen und gleichzeitig der Welt das Bild vom eigenen Schaffen des Juden zu bieten. Das lebende Judentum, das die ganze Gemeinschaft — mit welcher Bezeichnung man sie auch belegen mag — umfaßt, geht über derartige Erscheinungen hinweg. Gerade die Einigung zu einem aufbauenden Werke ist Symbol des Gemeinschaftswillens. Damit wird der Judenhaß, vor allem innerlich, überwunden werden.

Den Ausführungen, die durch lebendige Beispiele die Zuhörer fesselten, lohnte reichlicher Beifall, der bewies, daß die Versammlung, die alle am Judentum interessierten Lager umfaßte, den Einheitswillen des Redners teilten. In der Diskussion nahm Herr Dr. Friedr. Freudenreich zu den auch von ihm begrüßten Darlegungen des Redners Stellung. Die Synthese zwischen deutschem Kulturzugehörigkeitsgefühl und jüdischem Gemeinschaftsgeist, die besonders symptomatisch sei für eine von Zionisten einberufene Versammlung, stellt auch er als Ziel auf. Da er aus eigener Erfahrung über das Verhalten der Angehörigen des Verbandes nationaldeutscher Juden Auskunft zu geben vermochte, war, gerade bei seiner ausdrücklichen Ablehnung des Zionismus, seine Geisselung des anmaßenden, ihrer inneren wie äußeren Bedeutung keineswegs entsprechenden Ver-

haltens der Anhänger Naumanns von besonderer Bedeutung. Er verurteilte unter allgemeinem Beifall der Anwesenden das Auftreten des „Verbandes“, der sich ganz zu Unrecht und ohne jede Aktivlegitimation als Vertreter des deutschen Judentums aufspielt. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten genügend bewiesen, daß die deutschen Juden ohne Aufgabe ihrer positiven Stellungnahme zu deutschen Belangen durchaus das Gesamtinteresse des Judentums, insonderheit in der Frage der Palästinaförderung zu wahren willens sind.

Im Schlußwort betonte der Vorsitzende der Versammlung, Herr Dr. Eli Straus, daß seitens der Zionisten niemals ein Zweifel gelassen wurde, daß bei aller Hingabe an die jüdischen Aufgaben jeder Einzelne seine Verwachsenheit mit dem Lande seiner Geburt in jeder Hinsicht betätigen könne. Da aber gerade in der heutigen Zeit das innere Zusammengehörigkeitsgefühl mit der Judenheit so sehr ins Wanken geraten ist, ist es doppelt notwendig, daß die Betonung des jüdischen Gemeinschaftsgeistes niemals untergehe. Seine warmherzigen Ausführungen verstärkten in allen Zuhörern das Gefühl, daß eine Brücke zwischen Juden auch verschiedener politischer Auffassungen wenigstens für das Hauptziel, die Erhaltung des Gesamtjudentums, ohne Schwierigkeiten geschlagen werden kann.

Der Verlauf der Versammlung bewies, daß bei Objektivität in der Betrachtung jüdischer Zeitfragen eine Aussprache durchaus möglich ist und daß eine solche Sachlichkeit der Darstellung auch dem Wunsche eines großen Teiles der jüdischen Gesellschaft durchaus entspricht. Wir können nur wünschen, daß derartige Gelegenheiten zur Aussprache auch über spezielIere Fragen des allgemeinen wie des Gemeindelebens des öfteren gegeben werden und glauben, daß sie zur Annäherung der zu positiver Mitarbeit geneigten Elemente führen und darüber hinaus die Allgemeinheit zu einer Verlebendigung des jüdischen Gefühls bringen wird. Z'bi.

Katastrophen auf dem Berliner Zeitungsmarkt

Völkisches Urteil über die deutsch-nationale Presse — Folgen des Stinnes-Zusammenbruches

Der „Völkische Beobachter“ (Nr. 60 v. 9. 6.) erhält von seinem Berliner Sonderberichterstatter eine sehr interessante Schilderung über die „Katastrophen auf dem Berliner Zeitungsmarkt“. Er klagt zunächst darüber, „daß heute nur Juda und die großen Zeitungstruste imstande sind, ihre Blätter aufrecht zu erhalten, weil hinter ihnen nicht nur eine Kapitalkraft und ein Wille zur Herrschaft steht, sondern weil sie auch über Fachleute in jeder Beziehung verfügen, tüchtige Journalisten, großzügige Reklameleute, umsichtige Organisatoren und Kaufleute, die ihnen für Geld natürlich in jeder Anzahl zur Verfügung stehen.“

Es wird dann der bürgerlichen Rechtspresse sträflicher Leichtsinn vorgeworfen, denn es wären Zeitungen begründet, bezw. übernommen worden von Leuten, die auf zeitungstechnischem und journalistischem Gebiet geradezu Analphabeten wären. „Man rechnete nur mit der Gesinnungstüchtigkeit der Leser, mit ihrer Nachsicht gegenüber dem minderwertigen Zeug, das man Zeitung nannte und wenns gar schlimm wurde, mit der Opferwilligkeit der Leser. Man dachte nicht an tüchtige Fachleute und Organisatoren, man verschmähte eine richtige, moderne Leitung und Aufmachung, man wurstelte auf eine Art los, über die Reklame- und wirkliche Zeitungsleute sich krank lachten und man begriff nicht, wenn über kurz oder lang der Karren im Dreck saß, daß es die eigene Unfähigkeit gewesen war, die mit dem guten Willen der Leser, ihrer Geduld und Nachsicht, ihrer Gesinnung und Opferwilligkeit Schindluder getrieben hatte.“

Im Aufsatz wird dann geschildert, wie der „Polyp Stinnes seine Saugarme ausstreckte“ und die „Tägliche Rundschau“ verschlang, sie mit der ihm schon gehörenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verschmolz. Einige gute Leute und Mitarbeiter aus der Glanzzeit der „Täglichen Rundschau“ hätten Ende 1924 das alte Blatt von Stinnes für 20 000 Mk. wieder zurückgekauft.

Er kommt dann auf Stresemanns Gründung der „Zeit“ zu sprechen. Er schildert deren Propagandamittel, die in der Hauptsache darin beständen, eine Anzahl Straßenhändler in Berlin und anderen Städten anzuwerben, ihnen „knallgelbe, nachttopfähnliche Mützen auf die meist nicht sehr intelligenten Köpfe zu setzen und sie „die Zeit“ ausrufen zu lassen“.

Ferner wird die Gründung der „Nationalpost“ geschildert und „festgestellt“, daß schon nach einigen Wochen die unfähige Leitung aus der Zeitung nichts mehr zu machen wußte, vielmehr die Wähler ruhig ihre „jüdische“ Morgenpost oder ihren „unparteiischen Lokalanzeiger“ weiterlasen. Jetzt habe der Krach im Stinneskonzern auch das Ende der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in bedenkliche Nähe gerückt.

„So zeigen die bürgerlichen Rechtskreise mit genügender Deutlichkeit, daß ihnen jegliche Fähigkeit abgeht, halbwegs anständige Zeitungen herauszubringen und — zu halten. Sie müssen das Feld der Ullstein- und Mossepresse überlassen, sofern ihre Anhänger nicht den Scherlblättern wieder zuströmen, die in den letzten Monaten in Bezug auf vaterländische Einstellung immerhin tatkräftiger und mutiger geworden sind — trotz mancher jüdischer Redakteure und Mitarbeiter, von denen sich der Scherl-Verlag immer noch nicht befreien kann.“

Zum Schluß heißt es dann wörtlich: „der wirklich völkische und nationalsozialistische Zeitungsleser in Berlin hat kein Lokalblatt, das seiner Gesinnung Rechnung trägt. Er hält zwar seinen „Völkischen Beobachter“, aber er muß schließlich doch noch ein Berliner Blatt lesen, um zu wissen, was in Berlin los ist. Die Händler, die in Berlin den Völkischen Beobachter verkaufen, werden ihn, trotzdem er teurer als die Berliner Zeitungen ist, reißend los. Nur ein Blatt mit der Tendenz des „Völkischen Beobachters“ könnte heute in Berlin die Massen aller jener Nationalgesinnten erobern, die bisher die Opfer von leichtfertigen Zeitungsgründungen geworden sind. Ungezählte Tausende sind für solche Gründungen geopfert worden — und Juda lachte dazu! Ist es möglich, daß für alle diese Enttäuschungen der „Völkische Beobachter“ mit einer Berliner Ausgabe die langersehnte Rettung aus geistiger Not bringen kann?“

MITTEILUNGEN
des Israelitischen Lehrervereins für Bayern
Schriftleitung: M. Rosenfeld, München

Nr. 24 | **München, 3. Juli** | **1925**

An die Mitglieder des Israelitischen Lehrervereins für Bayern

In letzter Stunde erhalten wir von Nürnberger Kollegen die telephonische Nachricht, daß wir die für den 12. und 13. Juli anberaumte

Mitgliederversammlung

verlegen müssen. In dieser Woche findet in Nürnberg eine Pädagogische Woche statt, die in den von uns gemieteten Räumen im Deutschen Hof abgehalten wird.

Auf wiederholten Anruf erklärt uns Kollege Dr. Bamberger, daß andere Säle bei der Kürze der Zeit nicht mehr zu erhalten sind. So sehen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, die 44. Mitgliederversammlung an das Ende der Ferien auf

den 30. und 31. August

zu verlegen. Versammlungslokal bleibt der Deutsche Hof (Lehrerheim).

Bei der Dringlichkeit der Sache ist es uns selbstverständlich nicht mehr möglich gewesen, die satzungsgemäße Zustimmung der Verwaltung einzuholen.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten wollen während der Ferien an den Schriftführer (Buttermelcherstraße 4 III l.) adressiert werden.

Wir wünschen allen Kollegen gute Ferien!

Auf Wiedersehen in Nürnberg!

München, 29. Juni 1925.

Die Verwaltung:

S. Dingfelder, 1. Vorsitzender. M. Rosenfeld, Schriftführer.

Eine Ministerialentschließung

Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Betreff: Nebenämter und Nebengeschäfte der Volksschullehrer.

Für die Entscheidung der Frage, ob den israelitischen Volksschullehrern die Ausübung des Schächterdienstes als Nebenamt zu gestatten ist, haben dieselben Grundsätze Maß zu geben, die allgemein bei Würdigung von Gesuchen von Volksschullehrern um die Erlaubnis zur Übernahme und Führung von Nebenämtern und Nebengeschäften gelten. In jedem Falle ist daher Voraussetzung, daß durch das Schächtamt die Erfüllung der hauptamtlichen Obliegenheiten des israelitischen Volksschullehrers nicht beeinträchtigt oder gefährdet wird und daß andere geeignete Persönlichkeiten nicht gewonnen werden können.

Als mit dem Ansehen des Volksschullehrerstandes unvereinbar kann im übrigen die Besorgung dieses Amtes als einer kirchendienstlichen Handlung der jüdischen Religionsgemeinschaft nicht erachtet werden. Die Berichte der weitaus überwiegenden Zahl der Regierungen, Kammern des Innern, zur Ministerialentschließung vom 9. August 1922 Nr. 28187 sprechen sich denn auch übereinstimmend dahin aus, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen die Ausübung des Schächterdienstes durch israelitische Volksschullehrer deren Ansehen weder bei den eigenen Glaubensgenossen noch bei der christlichen Bevölkerung beeinträchtigt hat.

Nach diesen Grundsätzen sind in Zukunft, soweit dies nicht geschehen sein sollte, Gesuche von israelitischen Volksschullehrern um die Genehmigung zur Führung oder Übernahme des Schächtamts zu verbescheiden. (Vgl. auch Buchstabe B, IV Ziff. 3 der Min.-Bek. vom 20. Novbr. 1919 — KMBL. S. 245.)

gez. Dr. Matt.

Regierungsschulrat August Hopf von Ansbach.

Wenn es auch nicht Brauch ist, über einfache Mitteilungen in diesen sporadisch erscheinenden Blättern hinauszugehen, so gebietet es doch die Pflicht der Dankbarkeit, die ja mit zum Wesen des Judentums gehört, einem Manne ein kleines Denkmal zu setzen, dessen markante Persönlichkeit manchem in unseren Reihen unvergeßlich bleiben wird. Hier gilt es nicht den hervorragenden Mathematiker, den leitenden Schulmann, den talentvollen Musiker, den Lehrer mit goldenem Humor zu würdigen — den Menschen in ihm wollen wir mit ein paar Streiflichtern beleuchten. Regierungsschulrat Hopf verkörperte unseres Erachtens nicht nur den aufrechten und aufrichtigen deutschen, edlen Menschen in Wort und Tat, sondern den wahren Vollmenschen überhaupt. Ein Mann von vollendetem Takt, gütig gegen jedermann, mochte er wes Glaubens und Standes auch immer sein. Die Tragik des Weltkrieges, der auch in sein Familienleben einen Schatten warf, vermochte sein Lebenswerk nur noch mehr zu durchgeistigen. Solange in Ansbach Anstellungsprüfungen für Lehrer stattfanden, wurde unseren Herbstfeiertagen in Rücksicht auf israelitische Kandidaten Rechnung getragen. Wie ihm alles Herzenssache war, beweist ein Satz aus einer Festrede in einer Versammlung mittelfränkischer Lehrer zu Ehren des 25jährigen Amtsjubiläums des Herrn Regierungsschulrats Conrad: „Die Gedanken darüber, wohin man den einen oder den anderen Lehrer versetzt, begleiten uns zu Tische, sie gehen mit uns schlafen und stehen mit uns auf.“ Sein letzter Wille zeigte ihn als gottgläubigen Mann; er hat sich auch jede Rede an seinem Grabe verbeten. Eine seiner letzten Amtshandlungen war die befürwortende Hinübergabe des Gesuches der Adas Israel um Errichtung einer 6. Lehrstelle an das Ministerium, welche auch vom Staate zugestanden wurde. Herr Regierungspräsident Staatsrat Dr. Huber widmete ihm einen kurzen ehrenden Nachruf und legte einen Kranz im Namen der Kreisregierung am Grabe nieder. Unter einem Blumenhügel schläft ein treues Menschenherz von der Bürde eines 58jährigen Lebens. Wenn auf irgend einen, so möchten wir auf den allgemein geachteten und beliebten Regierungsschulrat August Hopf die Lehre jüdischer Ethik münzen: „Der Frommen aller Nationen ist die ewige Seligkeit gewiß.“

N. A.

Briefe an die Redaktion

I.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ich lese in Nr. 24 Ihrer geschätzten Zeitschrift vom 12. 6. einen Aufsatz betitelt: „Die Bibliothek der hebräischen Universität in Jerusalem". Ich erlaube mir den Artikel in einem Punkte zu ergänzen, welcher für die deutschen Zionisten von großem Interesse sein dürfte.

Seit dem 2. Kongreß hat der bekannte Berliner Universitätsdirektor Prof. Dr. Heinrich Löwe seine ganze Kraft zunächst der Propaganda für den Aufbau einer hebräischen Bibliothek in Jerusalem und sodann der Sammlung von Werken für diese Bibliothek gewidmet. Ihm verdanken wir den ungeheueren Erfolg, den die Bibliothek in der verhältnismäßig kurzen Zeit zu verzeichnen hat. Seit Jahren leitet Herr Prof. Löwe in Berlin die Sammelstelle für die hebräische Universität in Jerusalem und es ist ihm gelungen, eine in jedem Jahr wachsende Anzahl von Büchern nach Jerusalem zu schicken. Ich bitte Sie, in Ihrer gefl. Zeitschrift alle Freunde der Bibliothek aufzufordern, auch weiterhin die Sammlung von Büchern im Interesse der Sache zu betreiben und wenn die Übersendung der Bücher nicht direkt nach Jerusalem geschehen kann, dieselben an Herrn Professor Dr. Heinrich Löwe zu Berlin, Flemmingstraße 12 zu senden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Eduard Lezynsky.

II.

An die Redaktion des „Jüdischen Echo".

Liebe Kollegen!

In Bezug auf die in Nr. 25 Ihres Blattes aus dem „Jüdischen Wochenblatt" abgedruckte „Berichtigung der Berichtigung" in Sachen des Frankfurter Centralvereins, muß ich noch ein drittes Mal berichtigen.

Die uns vorliegende Karte, die übrigens unterdessen von einer ganzen Reihe anderer verspätet Eingeladener Zuzug bekommen hat, ist nicht vom „14. Mai 8—9 Uhr vormittags", sondern 8—9 Uhr abends gestempelt. Dadurch wird die Verspätung der Einladung noch offensichtlicher.

Ich habe der C.-V.-Zeitung diese Berichtigung auch zugehen lassen. Ich bitte auch Sie, davon Notiz zu nehmen.

Mit kollegialer Begrüßung

Ihr ergebener

Dr. Ernst Simon.

Aus der jüdischen Welt

20 000 Menschen am Grabe Walther Rathenaus.

Berlin (J.T.A.). Bei der Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Grabe Rathenaus am 24. Juni abends waren mehr als 20 000 Menschen anwesend. Den ganzen Tag stand eine Ehrenwache am Grabe. Gegen Mittag hatte die Mutter des ermordeten Reichsministers einen Kranz auf dem Grabe niedergelegt. Die großen republikanischen Parteien hatten Kränze mit entsprechenden Aufschriften niedergelegt. Der demokratische Abgeordnete Freiherr v. Richthofen führte in seiner Gedenkrede aus: „Wir gedenken heute des Toten, der für sein Volk und für sein Vaterland sein Leben gelassen hat. Menschen von großer Güte und großem Edelmut haben wir viele gehabt, aber hier ruht ein Staatsmann, einer von den wenigen, die die Fähigkeit hatten, das Reich in schwerster Zeit zu lenken. Er hat Deutschland in Genua zum erstenmal wieder in den Rat der Völker eingeführt."

Reichsminister a. D. Hugo Preuß über die Juden im deutschen Nationalstaat

Berlin (J.T.A.). Im überfüllten großen Festsaal der Gesellschaft der Freunde veranstaltete am 22. Juni abends der Liberale Verein für die jüdische Gemeinde zu Berlin eine Kundgebung anläßlich der Tagung des Preußischen Landesverbandes der jüdischen Gemeinden. Reichsminister a. D., Professor Dr. Hugo Preuß, der Schöpfer der Reichsverfassung, sprach über: „Die heutige politische Lage des Reiches und das deutsche Judentum."

Ein Schulinspektorat der Berliner Jüdischen Gemeinde

Berlin (J.T.A.). Die Berliner Jüdische Gemeinde beabsichtigt, ihren gesamten Religionsunterricht, insbesondere den jüdischen Unterricht an den öffentlichen Lehranstalten, einem neu zu schaffenden Schul-Inspektorat zu unterstellen. Als Schulinspektor der Berliner jüdischen Gemeinde ist der Organisator des jüdischen Religionsschul- und Religionsunterrichtswesens in Frankfurt a. M. Rabbiner Dr. Lazarus, ein Sohn des verstorbenen Breslauer Seminardirektors und Seminarrabbiners in Aussicht genommen. Es wird angenommen, daß Dr. Lazarus, dem sich damit ein besonders weiter und wichtiger Wirkungskreis eröffnen würde, der ehrenvollen Berufung Folge leisten wird.

Der Fall Theodor Lessing. — Der Unterrichtsminister droht mit der Schließung der Hannoverschen Technischen Hochschule

Berlin (J.T.A.). Der Preußische Unterrichtsminister Dr. Becker hat neuerdings ein in ener-

gischem Tone gehaltenes Schreiben an Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Hannover gerichtet, in welchem bedauert wird, daß seitens des Lehrkörpers von vornherein nicht energischer auf eine Beruhigung der Studentenschaft in der Angelegenheit des Privatdozenten Theodor Lessing hingewirkt worden ist. Der Minister fordert, daß der von den Studierenden zur Behandlung der Angelegenheit Lessing eingesetzte Kampfausschuß mit sofortiger Wirkung aufgelöst werde. Nach dem Hinweis auf die fortgesetzte Hetze gegen Lessing, die von Prof. Cranz und Dozenten Müller gebilligt wird, heißt es:

„Ich erwarte, daß jede weitere Störung der Vorlesungstätigkeit des Prof. Dr. Lessing unterbleibt. Sollte die Gewähr hierfür und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vom Rektor nicht übernommen werden können, so würde ich mich gezwungen sehen, die Hochschule bis auf weiteres zu schließen."

Der Kampf um das Borkum-Lied.

Berlin (J.T.A). Bekanntlich hat der Oberpräsident der Provinz Hannover, Noske, gegen die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Emden, nach welcher dem Regierungspräsidenten von Aurich unter Androhung einer Strafe von 10 000 Mk. für den Einzelfall untersagt worden war, die Borkumer Kurkapelle an dem Spielen der antisemitischen Hymne zu behindern, den Kompetenzeinspruch erhoben. Der Fall wird demnächst den zuständigen Gerichtshof beim Preußischen Justizministerium beschäftigen.

Der 45. Fleischerverbandstag gegen den Betäubungszwang vor dem Schächten

Auf dem 45. deutschen Fleischerverbandstag in Gotha wurde ein Antrag des Bezirksvereins Sachsen behandelt, bei den gesetzgebenden Körperschaften den Antrag zu stellen, „daß alle Schlachtungen, einschließlich des Schächtens, ausnahmslos nur nach vorheriger Betäubung erfolgen dürfen." Mühlstädt-Zwickau begründete den Antrag ausführlich. Der Verbandsvorsitzende Lamertz gab namens des Vorstandes die folgende Erklärung ab, die gegen wenige Stimmen als bindend angenommen wurde:

Es ist traditionell im Verbande, daß er in politischen und religiösen Sachen sich nicht betätigt. Wir erblicken in dem Schächten, in den rituellen Schlachtungen eine Religionsübung der Israeliten und glauben deshalb, daß ein Verbot des Schächtens hier uns nicht zusteht und auch nicht gegeben wird. Dahingegen glauben wir, daß aus volkswirtschaftlichen Gründen das unnötige Schächten so viel wie irgend möglich eingeschränkt werde. Die Häute werden minderwertig durch das Schächten, weil sie nicht mehr als Maßhäute (Autoleder) gebraucht werden können. Der große Mangel an Blut, das zu Nahrungsmitteln notwendig ist, wird durch das unnötige Schächten herbeigeführt. Wir wollen aber alle religiösen Gebräuche unangetastet sein lassen und uns nicht hineinmischen."

Die „Fleischer-Verbandszeitung" (Nr. 143) berichtet über die Behandlung der Schächtfrage im Dresdener Stadtverordnetenkollegium.

Für ein Reichs-Denkmal der 12 000 Gefallenen

Berlin (J.T.A.). Wie das Organ des B.J.F. „Der Schild" mitteilt, haben die Kameraden Elkeles und Stein an den Preußischen Landesverband Jüdischer Gemeinden folgenden Antrag gerichtet:

Der Verbandstag wolle beschließen, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um die Errichtung eines würdigen Denkmals zur Ehrung der im Weltkrieg gefallenen 12 000 jüdischen Krieger an einer geeigneten Stelle in Deutschland baldigst in die Wege zu leiten.

Dr. Josef Breuer gestorben. — Der erste Psycho-Analytiker

Wien (J.T.A.). Dieser Tage starb in Wien im Alter von 83 Jahren Dr. Josef Breuer, einer der angesehensten Wiener Ärzte, der sich auch als wissenschaftlicher Forscher einen Namen gemacht hat. Gemeinschaftlich mit Prof. Siegmund Freud hat Breuer grundlegende Studien über die Hysterie publiziert und noch vor Freud Grundlagen für die psycho-analytische Methode geschaffen. Dr. Breuer war viele Jahre hindurch Vorstandsmitglied der Wiener Kultusgemeinde.

Personalia

Rechtsanwalt Geheimer Justizrat Dr. Frankenburger, seit Jahren Dozent und Titularprofessor für bürgerliches Recht und Handelsrecht an der ehemaligen Handelshochschule und Technischen Hochschule, wirtschafts-wissenschaftliche Abteilung in München, wurde nunmehr zum Honorarprofessor an der Technischen Hochschule ernannt.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

München. Hebräische Sprachschule. Dienstag, 7. Juli, abends 7.30 Uhr im Bibliotheksaal der Gemeinde, Herzog Maxstr. 5: Vortrag des Herrn Dr. Max Mayer über „Das Studium der hebräischen Sprache" mit anschließender Aussprache. Eingeladen sind besonders die Teilnehmer an den hebräischen Kursen sowie alle, die für das Problem der Erlernung der hebräischen Sprache Interesse haben.

Gastspiel Sakaschansky-Lehmann. Dem Jüdischen Kulturverein J. L. Perez, der schon eine Reihe von großzügigen, modernen, jüdischen Kunstabenden zu arrangieren verstanden hat, ist es gelungen, den berühmten jüdischen Schauspieler und Sänger M. Sakaschansky aus Zürich und die beliebte Künstlerin Henny Lehmann aus Berlin für eine große Abendvorstellung zu gewinnen. Dem Münchner Publikum ist Gelegenheit geboten, sich von dem Künstler in die Welt der jüdischen Musik auf ganz originelle Art einführen zu lassen. Wer die Persönlichkeit Sakaschanskys einmal kennen gelernt hat, dem wird sie unvergessen bleiben. Der Vorstand.

Wir verweisen auf das Inserat der heutigen Nummer.

Jüd. Kulturverein J. L. Perez, München. Ein jüdischer Liederabend ist in München ein besonderes Ereignis. Nicht etwa weil wenig Juden hier wohnen, sondern weil es jeder jüdische Künstler vorzieht, eine Stadt (auch wenn sie bedeutend weniger jüdische Seelen zählt als München) zu besuchen, in welcher er auf Interesse der nationaljüdischen Organisationen oder des Publikums rechnen darf. Daß diese Voraussetzungen in unserer „kunstliebenden" Stadt gegeben wären, wird wohl kein Kenner der hiesigen Verhältnisse behaupten.

Trotz dieser Umstände übernahm es der Jüd. Kulturverein, am Mittwoch, den 24. Juni 1925 im Bibliotheksaal für Herrn Opernsänger M. Sakaschansky und Frau H. Lehmann-Sakaschansky einen Liederabend zu arrangieren. Der Besuch war gut. Das Programm war reichhaltig. Es kamen Volkslieder, Lieder bekannter jüdischer Komponisten und von S. selbst komponierte Lieder zum Vortrag.

Aus vollem Material schöpfend, sang Herr S. technisch gut und mit klangvoller Stimme. In den mittleren Lagen besonders zeigte sich S. als Meister. Er sprach zu uns in der Sprache seiner Seele und seine Begabung, gepaart mit voller Hingebung, vermochten sofort den Kontakt mit dem Publikum herzustellen. Frau H. Lehmann-Sakaschansky's Auftreten war ein Sieg auf ganzer Linie. Wohl selten hatte das hiesige jüdische Publikum Gelegenheit, unsere Volkslieder so technisch vollendet singen zu hören. Die Atem-Technik ist gut. Die Herzlichkeit, mit der sie vortrug, riß die Zuhörer zur Begeisterung hin. Ihre nicht sehr große, aber glockenreine Stimme zeigte Frau L.-S. in vollem Lichte. Mit feinem Begleitungsgefühl meisterte Herr Kapellmeister Josef Ziegler den Klavierpart. Er übernahm stellenweise die Führung, jedoch in vornehm zurückhaltender Weise. Seiner Mitwirkung hatte der künstlerische und moralische Erfolg des Abends viel zu danken. Josef Löwy trug ein selbstverfaßtes, poetisch tief angelegtes Gedicht, mit schönem Empfinden vor. Stürmisch begeisterter, langanhaltender und wohlverdienter Beifall dankte den Künstlern des Abends. a. g.

Jüd. Kulturverein J. L. Perez, München. Samstag, den 4. Juli 1925 abends 9.30 Uhr im kleinen Sitzungssaal der Gemeinde, Herzog Maxstraße 5 Rückgeb. (I. Stock): Kursabend für jiddische Sprache und Literatur.

Bar Kochba, München. Bei ihrer letzten Sitzung hat die Vorstandschaft unter anderem beschlossen, zur Ergänzung des Turn- bezw. Sportbetriebes an den Sonntagen Fahrten regelmäßig stattfinden zu lassen. Mit der Führung derselben wurden Frl. Camilla Hohenberger und Herr Leo Fleischer betraut. Die Mitglieder werden gebeten, sich an den Fahrten immer zu beteiligen, umsomehr, als derartige Veranstaltungen schon früher im Bar Kochba sich als Mittelpunkt unseres Vereinslebens bewiesen haben und wesentlich zur Förderung der Gemeinschaft beitragen werden. Gäste willkommen. Die erste Fahrt findet am 5. Juli statt. Treffpunkt: 8 Uhr Ostfriedhof, mit Billet nach Grünwald. Rückkehr zirka 9 Uhr. Proviant mitnehmen.

Die Vorstandschaft.

Jüdischer Gesangverein München. Der Ausflug, der infolge schlechten Wetters unterbleiben mußte, findet bei gutem Wetter am Sonntag, den 5. Juli, statt. Treffpunkt 7.30 Uhr Holzkirchner Bahnhof, mit Sonntagskarte nach Miesbach. Abfahrt 8.12 Uhr. Nachzügler können um 9.40 Uhr nach Thalham fahren, wo sie um 11 Uhr an der Bahn abgeholt werden. Proviant, Klampfen, Bälle und Badezeug ist mitzunehmen. Rückkunft etwa halb 10 Uhr.

Zionistische Ortsgruppe München. Das Büro ist bis auf weiteres täglich nur von 3—6 Uhr geöffnet.

Große Mädelsgruppe des J. J. W. B. München. Treffpunkt Sonntag, 5. Juli, 6.45 Uhr Hauptbahnhof unter der großen Uhr. Heimabend, Dienstag, 7. Juli, 8 Uhr Herzog Maxstraße 5.

Berlin. Den Bemühungen der Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes in Berlin ist es gelungen, außer den bereits bestehenden Wohnheimen für berufstätige Mädchen ein solches für Mädchen, die zum Zwecke einer Berufsausbildung sich in Berlin befinden (Studentinnen, soziale Frauenschülerinnen, Kindergärtnerinnen usw.) zu schaffen. Das Heim, das nach modernen Grundsätzen eingerichtet ist und verwaltet wird, wird vielen Mädchen, die sich studienhalber in Berlin aufhalten, sehr willkommen sein. Die Kosten betragen für Wohnung und Verpflegung Mk. 70.— monatlich. Meldungen sind zu richten an: Frau Bertha Falkenberg, Berlin N. 54, Lottumstr. 22.

Berlin. Wir werden um Veröffentlichung des folgenden Appells gebeten: Wie bekannt, unterhält der Misrachi zwei Lehrgüter, auf denen seit längerer Zeit religiös eingestellte Chaluzim und Chaluzoth in allen Zweigen der Landwirtschaft, Gartenbau, Milchwirtschaft, Geflügelzucht etc. ausgebildet werden. Doch reichen die zur Verfügung stehenden Lehrstellen nicht aus, um die große Zahl von Jungen und Mädchen, die auf rituelle Verpflegung und Halten des Schabbos reflektieren, unterzubringen. Wir sehen uns genötigt, in allernächster Zeit neue Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, sei es durch Gründung eines neuen Lehrgutes, durch Unterbringung einzelner Jungen und Mädchen bei jüdischen Landwirten, in Gärtnereien oder durch Schaffung sogenannter Bauernzentren, d. h. Unterbringung einzelner Eleven auf verschiedenen, sich räumlich naheliegenden Bauernwirtschaften, so daß diese jungen Leute dann die Hauptmahlzeiten gemeinsam einnehmen können (eine Chaluzah übernimmt die Wirtschaftsführung) oder, wenn sich in der Nähe ein koscheres Restaurant befindet, sie dort speisen und in ihrer freien Zeit zusammenkommen.

Wir richten an alle jüdischen Landwirte, die irgendwelche Möglichkeit sehen, junge Leute zur Ausbildung und Mithilfe bei sich aufzunehmen, an alle unsere Freunde, die durch reges Interesse und tatkräftige Hilfe unser Werk fördern wollen, die dringende Bitte, sich sofort mit dem Centralbüro des deutschen Misrachi, Berlin N. 24, Monbijouplatz 1, in Verbindung zu setzen.

Uns wurde eine Tochter geboren
MAX W. KOBER und Frau ANNY, geb. Fränkel
Berlin-Grunewald, den 28. 6. 1925
Hagenstr. 27 6. Tammus 5685

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

Jüdischer Nationalfonds)



Postscheckkonto
München
10121
Nürnberg
24565

Fernsprecher
München
56199
Nürnberg
9226



Zentrale für Deutschland Berlin W 15

Meinekestraße Nr. 10

Nürnberger Spendenausweis vom 26. Juni 1925.

Spendenbuch: Dr. Jos. Oppenheimer-Fürth anl. Ablebens sein. Mutter 20.—, Dr. Rudolf Sahlmann anl. seiner Verlobg. 20.—, Frl. Hansi Maier anl. ihrer Verlobg. 20.—, Herr u. Frau Ferdinand Herz anl. der Geburt i. Jungen 20.—.

Allgemeine Spenden: Dr. Hammel-Regensburg durch Frl. Fuchs 8.—, Rothschildt-Hüttenbach durch Dr. Liebstädter 9.—, Frau Schwarz durch Dr. Katz 3.—, Albert Salzer 2.—, Willy Reutlinger anl. Jahrzeit f. seine sel. Mutter 20.—.

Büchsen: Schloß 10.—.

Bäume: Salomon Löb-Garten: Herr u. Frau Dr. Meinhold Nußbaum gratulieren Dr. Max Friedmann u. Frau zur Geburt ihres Jungen, desgleichen Dr. Albert Löb u. Frau zur Geburt ihres Jungen 1 B. = 6.—.

Wertzeichen: Herr Heinz Ellern für zwei N-F-Telegramme 2.—.

Summe: 140.—.

Bis 26. Juni 1925 insgesamt: 10 923.48.



GARMISCH-PARTENKIRCHEN
Bayerisches Hochgebirge
Pension Landhaus Wolff
Hellwegerweg 288a, Fernsprecher 360
Vornehmste Familienpension, anerkannt erstklass. Küche

JÜDISCHES LANDHEIM
Kinder-Erholungsheim
Wolfratshausen (Isartal)

Streng rituell. Das ganze Jahr geöffnet. Wir empfehlen Anmeldungen für September u. Oktober schon jetzt zu betätigen. Prospekte kostenfrei
Für August sind noch einige Plätze frei.

Norderney

DAS NORDSEEBAD
Die Insel des Sports / Die Stätte klassischer Musik
Seeweg über Bremen-Bremerhaven-Helgoland. Direkte Schnellzugs- und Dampferverbindung Norddeich-Norderney
Führer durch die Badeverwaltung

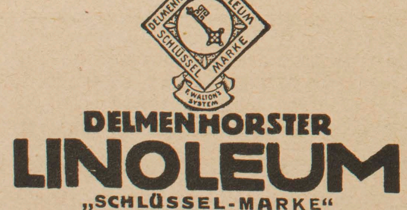
L. SIMONI, MÜNCHEN
PROMENADEPLATZ 15

Spezialität:
Feine Damenwäsche und Strümpfe

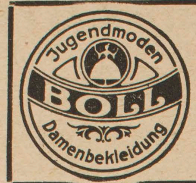
Chinesischer Turm
Die ideale Gaststätte im Englischen Garten (Bayr. Staatsbesitz)
Nachmittagsmusik Kammerl io Jais
Eigene Konditorei / Vorzügliche Küche / Schwarzwälder Naturweine / Münchner Löwenbräu
Die gesamten Räume sind d. Zentralheizung behaglich erwärmt.



Seidenschirme, Drahtgestelle aller Art, auch aus mitgebrachten Stoffen. Engros - Export



DELMENHORSTER
LINOLEUM
„SCHLÜSSEL-MARKE"
Altbewährte deutsche Qualitätsware/Grosses reichsortiertes Lager in allen Ausführungen unterhält ständig das solide
Spezial-Geschäft für Linoleum
ESSIG & CO. MÜNCHEN
Sendlingerstraße 71/Telefon 57723
en gros Geschäftszeit von 8—6½ Uhr en detail



ADOLF BOLL
THEATINER-STRASSE 32

Hoflieferant
ALOIS DALLMAYR
München, Dienerstrasse 14/15
Feinkost- und Lebensmittelhaus ersten Ranges



M. Lange & Co.
München / Theatinerstraße 32
Morgenröcke, Schlafanzüge
Strümpfe, elegante Wäsche
Korsetts



Küchenmöbel bekannt erstkl. u. preiswert **Johann Hügel** Spezialhaus f. Küchenmöbel
Corneliusstraße 44 (früh. Löwengrube)



Herren- und Damenwäsche
nach Mass
elegante Schlafanzüge fertigt unter Garantie tadellosen Sitzes aus mitgebrachten Stoffen. / Auch Hohlsaum, Sticken, Knöpfe, Plissieren
Lina Bing, Augustenstr. 5/0. Telef. 31736

PIANOS Erstkl. tonschöne Instrumente mit voller Garantie. / Stimmungen. / Reparaturen
PAUL FITZNER / KLAVIERBAU
Amalienstraße Nr. 91 Fernsprecher Nr. 23371

FERN-UMZÜGE
von und nach allen Richtungen. **Automöbeltransporte** mit modernsten Automöbelwagen
STADT-TRANSPORTE
mit geschultem, verlässigem Personal
Solide Preise, pünktliche, reelle Bedienung
Gregor Ullrich · München · Oberländerstraße 5b
Telephon 72887

WAS AN DER TÜRE DU GIBST IN FALSCHEM ERBARMEN, NIMMST DU DEN STILLVERSCHÄMT, WIRKLICHEN ARMEN.



DARUM ERWIRB DAS MITGLIEDS-SCHILD HAUSBETTELABLÖSUNG NUR: THEATINERSTRASSE 3/II
HILFSBUND DER MÜNCHENER EINWOHNERSCHAFT

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Max Mayer, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.